

Deutsches Studentenwerk fordert Hochschulsozialpakt

Die 57 Studenten- und Studierendenwerke fordern ein Bund-Länder-Sonderprogramm für die nachhaltige Finanzierung der sozialen Hochschulinfrastruktur.

Die Forderungen: 3,4 Milliarden Euro von Bund und Ländern für die soziale Infrastruktur des Studiums; 1,8 Milliarden Euro für Neubau und Sanierung von Studierenden-Wohnheimen; 1,6 Milliarden Euro für Ausbau, Modernisierung und Sanierung der Mensa-Kapazitäten bis 2021.

Berlin, 27. November 2019. Die im Deutschen Studentenwerk (DSW) zusammengeschlossenen 57 Studenten- und Studierendenwerke drängen auf einen eigenen Bund-Länder-Hochschulsozialpakt. Auf ihrer Jahresversammlung in Berlin am 26. und 27. November 2019 erneuerten sie ihre Forderung nach einer gemeinsamen Finanzierung der sozialen Infrastruktur der Hochschulen in Höhe von 3,4 Milliarden Euro. Damit sollen in den kommenden Jahren Studierendenwohnheime neu gebaut bzw. saniert sowie die Mensa-Kapazitäten ausgebaut und modernisiert werden.

Für den Neubau von mindestens 25.000 Studierendenwohnheim-Plätzen veranschlagen die Studenten- und Studierendenwerke ein Investitions-volumen von rund zwei Milliarden Euro. 800 Millionen Euro davon fordern sie von Bund und Ländern in Form eines staatlichen Zuschusses, die restlichen 1,4 Milliarden Euro würden sie mit eigenen Mitteln bzw. Darlehen stemmen.

Den Sanierungsbedarf für ihre bestehenden Wohnheime, von denen ein großer Teil in den 1970er und 1990er Jahren gebaut wurde, beziffern die Studenten- und Studierendenwerke inzwischen auf rund zwei Milliarden Euro. Die Hälfte davon, also rund eine Milliarde Euro, fordern sie als Bund-Länder-Zuschuss.

Für die Modernisierung, Sanierung und den Ausbau ihrer Mensakapazitäten sind 1,6 Milliarden Euro nötig über einen Bund-Länder-Hochschulsozialpakt.

Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, der Präsident des Deutschen Studentenwerks (DSW) unterstreicht die Dringlichkeit dieser Forderungen:

„Die Zahl der Studierenden ist und bleibt hoch. Bund und Länder verstetigen die bisherigen Hochschulpakte, auch die weiteren großen Wissenschafts-Programme stehen. Wenn aber so massiv ins deutsche Hochschulsystem investiert wird, muss auch in dessen soziale Infrastruktur investiert werden. Die Politik muss sich endlich bewegen. Eine gemeinsame Bund-Länder-Anstrengung ist dringender denn je.“

[Die Pressemeldung des Deutschen Studentenwerks](#)

Deutsches Studentenwerk fordert Hochschulsozialpakt

Kontakt für die Medien:

Stefan Grob
Referatsleiter Presse/Verbandskommunikation, Stellvertreter des Generalsekretärs
Redakitionsleitung DSW-Journal
Tel.: 030 29 77 27 20
stefan.grob@studentenwerke.de

Bildnachweis: Kay Herschelmann; Deutsches Studentenwerk